

Abg. Tandler sagte, aufgrund des öffentlichen Drucks sei es gelungen, dass die Landesregierung ihre Entscheidung hinsichtlich des Wegfalls der künftigen Bezuschussung für das Sozialticket überdacht habe. Darüber hinaus sei in der heutigen Zweckverbandsversammlung beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg seitens der Geschäftsführung mitgeteilt worden, dass das Sozialticket weiterhin bis zum Ende der Legislaturperiode finanziert werde. Für die Betroffenen gebe es somit Sicherheit, weiterhin auf das Sozialticket zurückgreifen zu können. Er werte das als einen großen Erfolg für eine große Protestwelle in Nordrhein-Westfalen, die von Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbänden und der Kommunalpolitik getragen worden sei. Insofern müsse über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nicht mehr abgestimmt werden.

Abg. Krauß entgegnete, die CDU-Kreistagsfraktion im Kreistag und insbesondere der Landrat in seiner Funktion als Verbandsvorsteher des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg hätten von Anfang an deutlich gemacht, dass sie an dem Mobilpass des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg festhalten wollen, um die Mobilität weiterhin zu erhalten. Es sei ausschließlich um die Abschaffung des Zuschusses für das Sozialticket gegangen und nicht um die Abschaffung des Tickets an sich. Die Kerndebatte sei gewesen, aus welchem Haushaltstitel der Zuschuss bestritten werden könne, da es sich hierbei eher um eine Sozialleistung handele. Demnach müsse geklärt werden, ob der Mobilitätsanteil beim Arbeitslosengeld II angepasst werde.

Weiter führte Abg. Krauß aus, es sei letztendlich entscheidend, dass das Sozialticket im Verkehrsverbund Rhein-Sieg erhalten bleibe. Die Landesregierung habe das Thema schließlich hinsichtlich der durch den Abg. Tandler geschilderten Kritik abgeschlossen, indem eine Weiterfinanzierung zugesagt worden sei.

Darüber hinaus plane man in einem weiteren Schritt eine landesweite Einführung eines Azubi-Tickets.

Abg. Steiner sagte, für die Menschen sei es wichtig, dass das Sozialticket erhalten bleibe. Man habe das an der breiten gesellschaftlichen Unterstützung für eine Fortführung der Finanzierung des Sozialticket gesehen. Im Verkehrsverbund Rhein-Sieg und im Nahverkehr Rheinland sei bereits zu einem früheren Zeitpunkt zu diesem Thema parteiübergreifend eine Resolution verabschiedet worden. Es sei deutlich gemacht worden, dass ein Bedarf für das Sozialticket bestehe. Hinsichtlich der Frage der Finanzierung durch Landes- oder Bundesmittel für das Sozialticket verwies er auf die Option, den Mobilitätsanteil beim Arbeitslosengeld II zu erhöhen. Eine alleinige Finanzierung durch die Verkehrsverbünde ohne entsprechende Zuschüsse sei nicht möglich.

Letztendlich solle man sich als kommunale Familie freuen, dass man an einem Strang gezogen habe und die Verkehrsverbünde gemeinsam ihre Position in dieser Angelegenheit vertreten haben.

Bezüglich der durch Abg. Krauß thematisierten Einführung eines Azubi-Tickets bemerkte Abg. Tandler, ihm sei bekannt, dass diese Thematik auch im Verkehrsverbund Rhein-Sieg aufgegriffen worden sei. Die gute Arbeit, die heute in der Zweckverbandsversammlung beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg hervorgehoben worden sei sowie die Absicht, gemeinsam dieses Ticket zu realisieren, solle man heute in der Sitzung nicht unnütz zerschlagen.

Er habe lediglich angemerkt, dass der Protest für den Erhalt des Sozialtickets ein Erfolg gewesen sei und es sich lohne gegen eine Entscheidung der Landesregierung aufzustehen.

Abg. Otter sagte, der Erhalt des Sozialtickets sei bereits eine Kernforderung der Fraktion DIE LINKE im Landtag in den Jahren 2010-2012 gewesen und deswegen eingeführt worden. Seine

Fraktion halte das Sozialticket und die Mobilität der Menschen für einen wichtigen Aspekt der Sozialpolitik.

Er halte den Ansatz zur Einführung eines Azubi-Tickets für interessant und erinnerte an den Antrag seiner Fraktion gemeinsam mit der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten zur Einführung eines U18-Tickets, welches allen Jugendlichen unter 18 Jahren eine größere Mobilität ermögliche.

Abg. Dr. Lamberty sagte, der Landtagsabgeordnete Jörn Freynick habe bereits eine Erklärung zu diesem Thema abgegeben, die sich in großen Teilen mit den Aussagen des Abg. Steiner decke. Es müsse nach einer neuen Struktur für das Sozialticket gesucht sowie eine neue Grundlage geschaffen werden, damit auch Menschen mit niedrigem Einkommen, insbesondere Auszubildende berücksichtigt werden können.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Sodann stellte der Landrat fest, dass sich eine Beschlussfassung zum Antrag nach Aussage der SPD-Kreistagsfraktion erübrigt habe.